

Antrag

der AfD-Fraktion

Schluss mit der Benachteiligung – Buß- und Bettag endlich kostenfrei!

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene und gegenüber den anderen Bundesländern dafür einzusetzen, dass unter Beibehaltung des Buß- und Bettages als Feiertag künftig keine erhöhten Beiträge für die Pflegeversicherung mehr fällig werden.

Begründung:

Bei Einführung der Pflegeversicherung wurde vereinbart, dass zur Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung ein gesetzlicher Feiertag, welcher immer auf einen Wochentag fällt, durch die Länder abzuschaffen sei, um die Arbeitgeber zu entlasten und die Kosten der Pflegeversicherung auszugleichen. Sachsen ist das einzige Bundesland, das den Buß- und Bettag beibehalten hat. Dies führt nach § 58 Abs. 3 SGB XI dazu, dass die Arbeitnehmer in Sachsen einen um 0,5 Prozent höheren Beitragssatz für die Pflegeversicherung leisten müssen als Arbeitnehmer in anderen Bundesländern.

Das Argument, dass Arbeitgeber in Sachsen durch einen zusätzlichen Feiertag belastet seien, weil der Buß- und Bettag beibehalten wurde, läuft bei der Betrachtung der Anzahl der Feiertage im Bundesländervergleich allerdings ins Leere. Sachsen hat zum Beispiel im Vergleich zu Bayern mit zwölf Feiertagen nur elf Feiertage. Mehr noch bestehen die Nachteile ostdeutscher Arbeitnehmer gegenüber westdeutschen Arbeitnehmern weiter fort, weil das Lohnniveau auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung eklatante Unterschiede aufweist. Arbeitnehmer in Sachsen werden zusätzlich im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern mit höheren Lohnnebenkosten durch den Buß- und Bettag belastet. Die Belastung, die dem sächsischen Arbeitnehmer jährlich entsteht, beträgt im Schnitt 244,24 Euro.

Angesichts der Tatsache, dass andere Bundesländer mehr Feiertage wie Sachsen haben und nicht durch Zusatzbeiträge belastet werden, ist die sog. Buß- und Bettagsregelung in der Pflegeversicherung nicht weiter hinnehmbar.

Dresden, 22.05.2024



Unterschrieben von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 22.05.2025

Jörg Urban, MdL und Fraktion
i.V. Jan-Oliver Zwerg, MdL
AfD-Fraktion